

Ergebnisse der Bonner Klimakonferenz

Zwei Jahre nach der Einigung über das Pariser Klimaabkommen ging am 18. November in Bonn die 23. Weltklimakonferenz der Vereinten Nationen, COP 23, zu Ende. Die Teilnehmerzahl lag Schätzungen zufolge bei über 20.000. Bei dem Treffen unter der Präsidentschaft Fidschis ging es vornehmlich um die Erarbeitung eines konkreten Regelwerks zur Umsetzung von Paris.

Die Ausgangslage

Mit dem Pariser Abkommen wurde 2015 ein internationales Vertragswerk geschaffen, das alle Staaten zum Klimaschutz verpflichtet. Während die Festlegung konkreter Maßnahmen unter nationaler Hoheit erfolgt, werden ihre Angemessenheit und Wirksamkeit durch internationale Mechanismen überprüft. Das Ziel, die Erderwärmung auf deutlich unter 2°C zu begrenzen, soll durch Kooperationsprozesse zwischen den Staaten erreicht werden – so lautet im Kern der politische Auftrag von Paris. Woran es bislang fehlt, ist ein Regelwerk für die konkrete Umsetzung dieser Prozesse. Dieses Regelwerk soll Ende 2018 verabschiedet werden. Wesentliches Ziel der Konferenz in Bonn war es, einen ersten Textentwurf zu verfassen.

Die Bonner Konferenz

Auffallend an der Bonner Konferenz war der starke Fokus auf die Implementierung von Klimaschutzmaßnahmen. Dieser Schwerpunkt war in den formalen Verhandlungen per Mandat gesetzt und zeigte sich auch im angegliederten Ausstellungs- und Konferenzbereich als der wichtigste Trend. Eine Vielzahl von Staaten, gerade auch Schwellenländern, unterhielten Ausstellungsstände mit integrierten Vortragsräumen. Die Agenden waren dicht gefüllt. Thema war zumeist die Umsetzung der nationalen Klimaziele, wobei die wesentlichen Akteure miteinander sprachen: nationale und subnationale Regierungen, Unternehmen, Investoren und die Zivilgesellschaft. Diese Breite – sowohl der aktiven Staaten wie auch der eingebundenen Akteure – ist der vielleicht wichtigste Indikator dafür, dass das Pariser Abkommen nach zwei Jahren tatsächlich global umgesetzt wird.

Die Ergebnisse von Bonn

Für Bonn können in den einzelnen thematischen Feldern folgende Ergebnisse festgehalten werden: Die unter dem Pariser Abkommen alle fünf Jahre anstehenden Zielanhebungen erfolgen 2018 erstmals. Hierfür wurde in Anlehnung an ein traditionelles Format in Fidschi der sogenannte Talanoa-Dialog vorbereitet: In einem kooperativen Prozess sollen auf Basis wissenschaftlicher Fakten Verhandlungen auf Ministerebene vorbereitet

werden. Zu erwarten ist, dass dies Ende 2018 zu nationalen Verschärfungen gesetzter Klimaziele führen wird. Ein wesentliches Ergebnis der Konferenz ist die Verständigung auf eine Entwurfsfassung des Regelbuchs. Dieses besteht genau genommen aus einer Vielzahl unterschiedlicher Dokumente. Sie behandeln u. a. die Themen Überprüfung nationaler Minderungsanstrengungen (einschließlich Marktmechanismen), Anpassung an den Klimawandel und Finanzhilfen zur Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen. Diese Entwürfe enthalten zahlreiche Optionen und haben einen Umfang von mehreren Hundert Seiten. Deshalb wurden für 2018 zusätzliche Vorbereitungssitzungen ermöglicht. Neben diesen formalen Verhandlungen wird der Prozess durch eine Reihe informeller Initiativen unterstützt. So hat eine internationale Allianz von mehr als 20 Staaten und Bundesstaaten angekündigt, aus der Kohlenutzung auszusteigen, darunter Kanada und Großbritannien. Eine weitere wichtige Initiative ist der von Frankreichs Staatspräsident initiierte Gipfel zur Klimaschutzfinanzierung am 12. Dezember dieses Jahres in Paris.

Schlussfolgerungen für Unternehmen und Investoren

Bonn zeigt: Die politischen Maßnahmen sind in allen Staaten sichtbar, deshalb hat die Klimapolitik weltweit konkrete Auswirkungen auf Geschäftsmodelle von Unternehmen. Dies gilt selbst in den USA, wo der Transformationsprozess zunehmend von Bundesstaaten und Unternehmen getragen wird. In Deutschland ist die Kohlenutzung derzeit eines der wichtigsten politischen Themen auf verschiedensten Ebenen: Am Tag vor Konferenzbeginn hatte beispielsweise in München ein Bürgerbegehren zur Abschaltung des einzigen Kohlekraftwerks der Stadt Erfolg. Bei den Jamaika-Verhandlungen war das Thema zentral. Nach ihrem Scheitern haben die Grünen nun angekündigt, im Bundestag einen Beschlussantrag zu einem schnellen Ausstieg aus der Kohlenutzung einzubringen, um die 2020-Ziele zu erreichen. Insgesamt sind die Maßnahmen zur Umsetzung des Pariser Abkommens in den einzelnen Ländern sehr unterschiedlich. Deshalb müssen sich Unternehmen mit einem breiten Spektrum landesspezifischer Regulierungen auseinandersetzen. Der Klimawandel und die Klimapolitik werden für die Wertentwicklung von Unternehmen immer wichtiger.

Eine Einschätzung von Dr. Roland Geres, Dr. Jörg Doppelfeld und Andreas Kohn, FutureCamp

Ihre Kontaktmöglichkeiten

Union Investment Institutional GmbH
Weißfrauenstraße 7, 60311 Frankfurt am Main
Telefon: +49 69 2567-7652, Telefax: +49 69 2567-1616
www.nachhaltigekapitalanlagen.de

